

Deutscher Wertebund

Erscheint wöchentlich
Zugpreis: Vierteljährlich
4,50 M. / Die Einzel-
nummer 40 Pfennige

Zentralorgan für die Interessen
der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport-
und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SO 10
Mittelstraße 1. / Tel.: F 7,
Jannowitzbrücke 191. Redaktionschluss
3 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 12

Berlin, den 23. März 1929

7. Jahrgang

„Das Land ohne Kinder.“

Die Proletarisierung großer Schichten, das soziale Abhängigwerden der Nation, die damit verbundene Verengerung des Lebens und Verflümmung der Lebensaussichten: an diesem Punkt erlahmt auf die Dauer die Auftriebstrast der Nation.

Prof. W. Briefs.

Sorgen über Sorgen haben doch diese armen bürgerlichen Zeitungsschreiber. Da hat eine Zeitung entdeckt — rechtzeitig zur Pariser Reparationskonferenz — daß wir immer tiefer verelenden:

Die deutschen Millionäre sterben aus.

Diese furchtbare Nachricht betäubte uns derart, daß wir die Notiz nicht gleich lesen konnten, sondern die Blicke über andere Ueberschriften schweifen ließen, und siehe da — ein Unglück kommt selten allein: Nicht nur sterben die deutschen Millionäre, das soll schließlich den gewöhnlichsten Proleten passieren, Deutschland ist überdies auch noch „das Land ohne Kinder“, das heißt:

Deutschland stirbt aus.

In der ersten Notiz wird dem Reparationsagenten gleich, zu Anfang gesagt, daß er sich in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands arg verfahren hat, da sogar die Millionäre aussterben. Wir wissen nicht recht, warum es einem Lande ohne Millionäre nun gerade schlecht gehen soll, wir können uns ganz gut das Gegenteil denken, aber das ist schließlich Ansichtssache. Die Behauptung vom Aussterben dieser seltenen Menschenorte wird aber schon anrüchlich, wenn man weiter liest, daß sie gewonnen wurde aus einer amtlichen

„Uebersicht über die Vermögenssteuer.“

Der Steuerbetrug gehört heute zum guten Ton der oberen Zehntausend. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß die Anhäufung großer Vermögen in einzelnen Händen zurückgegangen ist, aber die amtliche Uebersicht schwindelt, weil sie sich auf der Selbsteinschätzung der Vermögenbesitzer aufbaut. Ernster als das angebliche Sterben der Millionäre ist der Hinweis, daß der Wert des deutschen Gesamtvermögens seit 1913 stark zurückgegangen ist. Selbst wenn man optimistisch glaubt, daß Kuhnreidigkeit den Vorkriegswert des deutschen Gesamtvermögens mit 157 Milliarden zu hoch und schlecht gestellte Wehleidigkeit es heute mit 97,5 Milliarden zu niedrig angibt, so klafft doch ein so großer Unterschied, daß der Verlust nicht ernst genug genommen werden kann. Suchen wir einen Trost in der „Tatsache“, daß wir immerhin noch

2335 deutsche Millionäre zu ernähren

haben, von denen 33 mehr als zehn Millionen besitzen (von dem Rest sind mehr als die Hälfte Großgrundbesitzer — daher die „Not der Landwirtschaft“). Vorläufig leben die deutschen Millionäre trotz des Damoklesschwertes der amtlichen Uebersicht lustig in den Tag hinein. So berichtete ein Berliner Wochenblatt über ein Fest „Spiel der Wellen“, das ein Großindustrieller seinen Freunden gab. Wir wollen unsere Kollegen nicht langweilen mit dem, was das Blatt über dies Fest, zu dem die Gäste im Strandloftum kommen mußten — zwei Säle waren zu einem Wasserbassin ausgebaut —, zu berichten mußte. Zweifellos ist der Herr Generaldirektor einer der eifrigsten Kuser im Streit gegen die Ueberkonsumtion der — Arbeiter. Sein Fest aber war ihm Kulturbedürfnis. Unter 100 000 Mark war der Abend nicht zu haben.

Wieviel Tränen hätten mit diesem verschwendeten Geld getrocknet werden können?

Wir sagten schon, daß unsere bürgerliche Zeitung

in einer anderen Notiz „Deutschland, das Land ohne Kinder“ nennt. Weshalb? Nun, das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, das an „würdige“ Eltern für das 12. (zwölfte) Kind — eine Porzellantasse verschenkt (diese Verschwendung hat der Hansabund noch nicht spitz gekriegt), gibt bekannt, daß der Geburtenüberschuß vor dem Kriege 12 bis 14 je tausend Einwohner betrug, 1927 dagegen nur noch 6,4. Aber der fromme Zentrumshirte geht noch weiter. Der Bevölkerungsstatistiker des Statistischen Reichsamts, Dr. Friedrich Burgdörfer, ist mit „neuartigen verfeinerten Untersuchungs-methoden“ dieser

„Lebensfrage des deutschen Volkes“

auf den Leib gerückt und hat dabei sogar entdeckt, „daß die Sterbeziffer nicht, wie sich nach der rohen Berechnung ergibt, 12 v. T., sondern 17,4 v. T. beträgt, während andererseits die Geburtenziffer bei der Bereinigung (Wie macht man das? D. Red.) von 18,3 auf 15,9 v. T. zusammenschumpft. Daraus ergibt sich (statt des Geburtenüberschusses von 6,4 v. T.) ein Defizit von 1,5 auf das Tausend der Bevölkerung“. Hoffentlich „verfeinert“ der Mann seine „Methoden“ nicht noch mehr, sonst rechnet er uns noch vor, daß wir gar nicht mehr da sind. Nach der uns vorliegenden Zeitung — wirtschaftlich Stresemann, politisch Hugenberg (oder umgekehrt), in Summa: sozialreaktionär — kommt Burgdörfer auch zu „Schlußfolgerungen“: „In den Mittelpunkt stellt der Verfasser die Forderung nach einer zielbewußten Familienpolitik zum Ausgleich der wirtschaftlichen Vorausbeltung der kinderreichen Familien, ferner die Siedlungspolitik und eine . . . revidierte Steuerpolitik“. Das wird von einer Zeitung treuherzig gesagt, die im gleichen Atemzug (drei Tage vorher) über Deutschland als Kentnerst aat greint und besorgt fragt „wo soll das noch hinaus“, die der „Denkschrift“ des berüchtigten Hansabundes, der der Sozialpolitik den Hals abbrechen will, die ganze erste Seite widmet, die jeden Lohnkampf als wirtschaftsverderblich verdammt, die führend war im Kampf gegen die Ermäßigung der Lohnsteuer, die mit einem Wort

das Sinnbild des bürgerlichen Deutschlands

ist. Sie ist der Prototyp jenes Deutschlands, das vom Proletariat verlangt, recht viele Kinder in die Welt zu setzen, denn trotz des kapitalistischen Kindermordes bleiben desto mehr Kinder übrig, je mehr das Proletariat in die Welt setzt. Die „verfeinerte Methode“ des Kapitalismus will nicht seinen Ausrottungskrieg einstellen, sondern verlangt nur, daß immer neues Ausbeutungsmaterial vorhanden ist. Die Herrschaften werfen Hunderttausende für blöden Sinnentzettel hinaus, sie hüten sich jedoch vor dem Kinderlegen.

Welches Los aber erwartet das Proletarierkind?

Die Leute, die über Geburtenrückgang Wälzer reden und sich Wutblasen an die Finger schreiben — sie sollen sich doch einmal in Arbeiterfamilien umsehen. In den weitaus meisten Arbeiterfamilien herrscht ewige Not — dank der Lohn- und Preispolitik der Unternehmer —, und in vielen, vielen Familien ist das Elend so groß, daß man es in kurzen Worten nicht schildern kann. Die uneheliche Mutter ist noch heute für die „Gesellschaft“ ein Schandfleck. Den Schutz, den der werdenden Mutter das Gesetz gibt, hat ihr das Gericht abgesprochen, weil sie selbst schuld an ihrem Zustand sei. Das ist die wirkliche Bevölkerungs-politik. Der Unternehmer wirft einen Ar-

beiter oder Angestellten, der wegen Familienzuwachs um eine Zulage bittet, auf die Straße und wenn die Kinder da sind, müssen sie hungern, soweit sie nicht vorher wegen Mangel an Pflege sterben,

da ja die Mutter in vielen Fällen mitverdienen muß. Aber auch das Proletarierkind muß mitverdienen. Der Berliner Magistrat hat kürzlich eine Erhebung über die Berufarbeit von Kindern durchgeführt. Sie beweist, daß die „nationalen Bevölkerungspolitiker“ nicht den geringsten Respekt vor den gesetzlichen Schutzvorschriften haben. Von den

7895 gewerblich tätigen Schulkindern in Berlin

waren entgegen den Bestimmungen des Kinderbeschäftigungsgesetzes 394 Kinder vor Schulanfang, 633 Kinder über 4 Stunden täglich, 119 über 6 Stunden täglich und 1153 Kinder mit Sonntagsarbeit beschäftigt. Alle gewerblich tätigen Kinder wurden ärztlich untersucht. Es wurden bei 1347 Kindern nachteilige Folgen der Arbeit festgestellt.

Und um ihnen ein solches Los zu bereiten, soll der Proletarier Kinder in die Welt setzen?

Nicht der Arbeiter das voraussetzliche Schicksal der Nachkömmlinge an seinem eigenen, dann wird er noch weniger gewillt sein, die Schmerzen der Bevölkerungs-politiker zu stillen. Wir haben nichts gegen diese braven Mitbürger, wir gönnen ihnen jede Freude — am eigenen Kind. Geht doch dem Proletarier mit (gutem) Beispiel voran, vielleicht folgt er euch, wie er von euch den Segen der Einschränkung des Kinderlegens lernte. Wir wollen unseren Kollegen beileibe nicht völlige Kinderabstinenz predigen. Aber derügt, der euch sagt, wo zwei satt werden, wird auch das dritte nicht verhungern.

Jedes weitere Kind, und sei es das zweite, schränkt den schon geborenen den Lebenspielraum ein, und für jedes weitere Kind sind die Lebensbedingungen schwerer als für das erste.

Infolge der Not im Haushalt ist die Lebenskraft des dritten oder vierten Kindes geringer, und viele sterben, ehe sie wissen, daß sie leben. Jeder Zeilenreißer predigt uns Einschränkung des Konjums. Glaubt man, daß mehr Kinder weniger verbrauchen? Wir haben kein Interesse daran, daß unsere Kraft ausstirbt, aber Ballast hindert uns. Wer spricht von Kinderlegen? Aus dem Segen machte der Kapitalismus einen Fluch für die Arbeiter. Wäre Kinderkriegen ein Segen, dann hätte der Kapitalismus es schon längst für sich monopolisiert. Daß gerade der Proletarier Kinder in die Welt setzen soll, ist ein Beweis, daß sie eine Belastung sind. Deshalb laßt es sinnig angehen, wenn ihr einmal in Jorn kommt, Kollegen. Lernet von den Kapitalisten. Mögen sie eheliche Kinder in die Welt setzen, und wenn die Millionäre (durch Erbteilung) aussterben!

Der Bundesbeitrag für die
13. Woche
(24. bis 30. März)

ist fällig.

Die letzte Woche im ersten Quartal.
Elle, Kollege, damit du nicht mit
Schulden in das zweite Vierteljahr eintrittst.

Die ausländische Gewerkschaftsbewegung.

Schwarz und Weiss in Südafrika. Der Achtstundentag in Rumänien.

Im September vergangenen Jahres meldete sich bei den Registraturbehörden Südafrikas ein Bund farbiger Bergarbeiter zur Anerkennung als Gewerkschaft an. Bald darauf setzte sich der Bund weißer Bergarbeiter mit der Registratur in Verbindung, und hat um die Verlegung der Registrierung des schwarzen Bergarbeiterverbandes, da die weiße Organisation im Begriff sei, die Farbenschranke zu beseitigen, und somit den farbigen Arbeitern die Möglichkeit des Eintritts in ihre Gewerkschaft zu geben. In der Tat hat denn auch der Generalrat des südafrikanischen Bergarbeiterverbandes sofort beschlossen, seine Statuten zu ändern und ihnen eine Bestimmung einzuverleiben, derzufolge der Verband bestrebt ist, alle im Bergbau beschäftigten Arbeiter zu umfassen. Wenn der Südafrikanische Bergarbeiterverband die schwarzen Arbeiter wirklich zu den gleichen Bedingungen und mit den gleichen Rechten aufnimmt wie die weißen Arbeiter, so darf dies sicher als ein schöner Erfolg in der Annäherung der schwarzen und weißen Arbeiter betrachtet werden.

Vom mexikanischen Gewerkschaftskongreß.

Sehr viel und sich Widersprechendes ist über den 9. Mexikanischen Gewerkschaftskongreß, die Stellungnahme der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung gegen den provisorischen Präsidenten Gil und sein Arbeitsgesetz berichtet worden. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß der Pan-Amerikanische Gewerkschaftsbund einen vom Generalsekretär des Mexikanischen Gewerkschaftsbundes (Crom) unterzeichneten offiziellen Kongreßbericht veröffentlicht. Es geht daraus hervor, daß der Crom ernsthaft und zu wiederholten Malen seine Loyalität gegenüber dem provisorischen Präsidenten zum Ausdruck gebracht hat, hingegen schon zu Beginn des Kongresses im Zusammenhang mit der Behandlung einer Resolution über die Verhöhnung des Crom in verschiedenen Theatern von Gil in einer Weise behandelt wurde, die es den Gewerkschaften sehr schwer machte, ihre Würde zu wahren, ohne zu den schärfsten Gegenmaßnahmen zu greifen. Der Kongreß hielt sich jedoch vor jeder übereilten Stellungnahme zurück, und wenn er beschloß, daß alle in verantwortlicher Regierungsstellung stehenden Führer des Crom demissionieren sollten, so geschah dies auch ausdrücklich deshalb, damit Gil beim offiziellen Amtsantritt in der Wahl seiner Mitarbeiter und besonders der Experten für Arbeitsfragen freie Hand haben sollte.

Gil, der noch zu diesem Zeitpunkt durchblicken ließ, daß seine arbeiterfeindliche Haltung als Gouverneur des Staates Tamaulipas nicht auf seine Präsidentschaft abfärben sollte, und daß er im Gegenteil bemüht sein werde, seine Beziehungen zum Crom möglichst freundschaftlich zu gestalten, tat jedoch trotzdem alles, um sein reaktionäres Arbeitsgesetz durchzudrücken.

Daß dieses Gesetz wirklich gegen die Gewerkschaften gerichtet und somit die Gegnerschaft des Crom durchaus gerechtfertigt ist, geht aus dem Kongreßbericht und seinen Angaben über den Inhalt der Vorlage mit aller Deutlichkeit hervor.

In diesem Zusammenhang heißt es in dem Bericht u. a.: „Der IX. Mexikanische Gewerkschaftskongreß hat seine Stimme gegen das geplante Bundesarbeitsgesetz erhoben, weil es gegen jene Vorteile gerichtet ist, die im Jahre 1910 in blutigen Kämpfen errungen und in der Verfassung niedergelegt wurden. Auf Grund des Gesetzes können die Rechte der im Dienste des Staates stehenden Arbeiter und Angestellten von der Regierung ohne weiteres aufgehoben werden. Schon bevor dieses Gesetz unterbreitet wurde, ist der Versuch gemacht worden, die Arbeiter und Angestellten der Militärwerkstätten zu militarisieren. Dies zeigt klar, welche Lage entstehen würde, wenn das mexikanische Proletariat ohne Protest die Streichung des Artikels 123 der Verfassung zulassen würde, der diese Arbeiter und Angestellten schützt. Daß die Arbeiter der Militärwerkstätten ohne Krieg oder irgendwelche andere Gefahr militarisiert werden sollen, ist nach Ansicht des Crom ein Versuch, diese Arbeiter von ihrer Organisation abzuspalten. Diese Stellungnahme steht im Gegensatz zu den Aussprüchen von Gil auf der Konferenz der Unternehmer und Arbeiter. Er sagte dort, daß das Recht der Organisation durch Artikel 123 umschrieben sei, was bedeutet, daß alle Staatsangestellten das Recht haben, sich zu organisieren und die Regierung als Unternehmer zu betrachten. Der Crom protestiert gegen das Gesetz, weil es ein Angriff auf die Gewerkschaftsfreiheit ist und von den Gewerkschaften auf allen Gebieten absolute Unterwerfung verlangt. Es unterwirft sie einem großen und komplizierten System einer neuen Arbeitsrechtsprechung, deren ausübende Organe ausschließlich Advokaten sind. Diesen werden die Arbeiter in der Lösung aller Arbeitsprobleme ausgeliefert sein. Der Crom ist gegen das Gesetz, weil es im Gegensatz zur Verfassung Streiks nur erlaubt, wenn sie gesetzlich sind. Streiks können demnach nur geführt werden, wenn die Advokaten zuvor alle Einzelheiten studiert und festgestellt haben, daß der Arbeitskampf den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes entspricht. Auf diese Weise würden Streikerklärungen sozusagen von den Richtern und nicht von den Arbeitern ausgehen, was einer Umkehrung eines universell anerkannten Rechtes gleichkommt.“

In einer kürzlich im rumänischen Parlament gehaltenen mutigen Rede, hat der Präsident des rumänischen Gewerkschaftsbundes, Genosse Flueraş, speziell auch daran erinnert, daß es in Rumänien wohl ein Gesetz betr. den Achtstundentag gebe, daß jedoch für seine Durchführung bis jetzt nicht das geringste geschehen sei. Er forderte deshalb die Regierung auf, das gegebene Versprechen endlich einzulösen. Drei Tage nach der Rede Flueraş' hat denn auch in der Tat der Ministerrat das Versäumnis nachgeholt. Endlich ist die Verordnung erschienen. Damit ist — das Gesetz regelt auch die Frauen- und Kinderarbeit — der Achtstundentag in Rumänien zur Tatsache geworden. Wie man sich erinnert, ist das Gesetz noch unter der letzten liberalen Regierung zustande gekommen. Es sollte jedoch damit nur eine internationale „Formalität“ erledigt werden, und man hatte die offene Absicht, die Verordnung nie durchzuführen. Die wiederholten Konferenzen der Arbeiter zugunsten der Durchführung des Gesetzes hatten nicht den geringsten Erfolg. Erst nach den Interventionen der sozialistischen Delegierten im jetzigen Parlament, ist nun Ernst gemacht worden.

Der „Vorwärts“ von Czernowitz kommentiert das Ereignis wie folgt:

„Vierzig Jahre hat man um den Achtstundentag gekämpft, jetzt ist er Wirklichkeit geworden. Wirklichkeit? O nein, nur Gesetz! Denn die Anwendung des Gesetzes dürfen wir nicht von den Unternehmern und auch nicht von den Behörden erwarten. Das Gesetz wird so viel Geltung haben, als Arbeiterkraft hinter ihm steht. Es geht in Rumänien mit dem Achtstundentag wie mit dem allgemeinen Wahlrecht. Das rumänische Volk hat das allgemeine Wahlrecht dank einer internationalen revolutionären Konstellation bekommen und nicht aus eigener Kraft erobert. Deshalb mußte es sich die Anwendung dieses Gesetzes erst erobern. Auch der Achtstundentag ist zu einem großen Teile die Folge der internationalen Macht der Arbeiterklasse, deshalb müssen die Arbeiter Rumäniens sich die Anwendung erobern. Dies aber setzt den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation voraus. Das neue Gesetz muß für die Arbeiter ein Ansporn sein, sich zu organisieren: Gewerkschaften zu begründen, wo keine sind, und sie zu stärken, wo sie schon bestehen. Gewerkschaften im Sinne der Amsterdamer Internationalen. Die unitarischen (kommunistischen, D. R.) Gewerkschaften mögen sich vorzüglich eignen, um Sympathieumgebungen für Stalin und gegen Trotzki, und, im Auftrag von Moskau, Proklamationen zugunsten eines chinesischen Generals zu erlassen, aber für den Klassenkampf der Arbeiter, als Instrument für die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Kampf um Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und Sicherung der sozialen Lage, sind sie jedoch unbrauchbar.“

Russische Parteiwirren und Gewerkschaften.

Jede Woche werden von dem gewerkschaftsamtlichen russischen „Trud“ mehrere Berichte über die Sitzungen des Präsidiums des Zentralrates der Gewerkschaften veröffentlicht. Der Name Tomski ist in diesen Berichten seit drei Monaten nicht mehr aufzufinden. Der Vorsitzende des Zentralrates hält sich von der Arbeit der Gewerkschaften

zentrale fern oder — wird von ihr ferngehalten. Die Krise des russischen Kommunismus wirft auch auf die Gewerkschaftsbewegung ihren Schatten, und der Führer der kommunistischen „Rechten“ will in der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr die Rolle eines gefügigen ausführenden Organs der Stalin-Diktatur spielen. Ueber die Spannungen, die dabei entstehen, kann man sich nur auf Umwegen ein Bild machen. In der soeben abgehaltenen Moskauer Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei wurde von einem Schüler Tomskis, dem Vorsitzenden des Moskauer Gewerkschaftsrates Michajlov, ein Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung erstattet. Ueber den Inhalt des Referates schweigt die „Prawda“ — man erfährt nur, daß es zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt hat. Auch über diese Debatte wird nur sehr dürftig berichtet, ohne daß freilich folgende bezeichnende Stelle des amtlichen Berichtes übersehen werden könnte:

Genosse Michajlov erklärte hier, daß er eine Revision der Grundsätze der Führung der Gewerkschaften durch die Partei für unmöglich hält. Warum aber hat Genosse Michajlov nichts darüber gesagt, wie er sich zu den Genossen einstellt, die diese Grundsätze revidieren wollen? fragte hier einer der Delegierten: Genosse Michajlov hat eine neutrale und recht zweideutige Stellung gegenüber den Genossen eingenommen, die durch parlamentarische Tricks wie Rücktritte u. ä. die Partei zu zwingen versuchen, ihre Führung in der Gewerkschaftsbewegung abzuschwächen. („Prawda“ vom 6. März.)

Fast zu gleicher Zeit wurde auch in Leningrad eine kommunistische Bezirkskonferenz abgehalten. Der Bericht, den die „Prawda“ am 7. März über diese Konferenz veröffentlicht, ist mit der sonderbaren Ueberschrift versehen: „Keiner hat das Recht, sich von der Revolution beurteilen zu lassen.“ Offenbar ist der Bericht im letzten Augenblick gründlich frisiert worden, so daß nur ein kurzer Absatz am Schluß des Berichts die geheimnisvolle Ueberschrift verständlich macht. Es heißt da:

Die Genossen Zarkov, Ursini, Fedorov und viele andere lenkten die Aufmerksamkeit der Parteikonferenz auf die Frage der Führung der Gewerkschaften durch die Partei. Die Partei müsse die Versuche einzelner Parteifunktionäre unterbinden, die der Führung der Gewerkschaften durch die Partei mit Rücktrittsdrohungen aus dem Wege gehen wollen.

In dem Bericht über den zweiten Verhandlungstag der Leningrader Parteitagung wird ferner mitgeteilt, daß einer der Delegierten

darauf hingewiesen hat, daß manche Gewerkschaftsfunktionäre sich unter dem Banner der Verbandsdemokratie der Führung durch die Partei entziehen wollen. Diese Genossen führten die Anweisungen der Partei nicht aus und lehnten die Erledigung der ihnen obliegenden Arbeit ab. Es müßten die, die die Beschlüsse der Partei sabotieren, radikal zur Ordnung gerufen werden. („Prawda“ vom 8. März.)

Die Bedeutung, die dieser Frage auf den beiden Konferenzen beigemessen wurde, läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um eine unter den kommunistischen Gewerkschaften maßgebende Person handelt. Der Konflikt zwischen Stalin und Tomski spitzt sich immer mehr zu. Die Lösung des Konfliktes kann nicht mehr lange hinausgezögert werden.

Der 7. Verbandstag der Transportarbeiter in Rußland (Ortstransport).

Dem vom Zentralrat der Gewerkschaften der UdSSR in deutscher Sprache herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Bulletin“ entnehmen wir folgenden Bericht:

Am 3. Februar beendete der Verbandstag der Transportarbeiter des Ortstransportes der Sowjetunion seine Arbeiten. Die Tätigkeit des Verbandes war in den letzten Jahren auf die Mechanisierung und Rationalisierung des lokalen Transports, der Hebung der kulturellen Entwicklung der Arbeiter und der Förderung einer größeren Organisertheit und Disziplin gerichtet. In den letzten Jahren ist die Verbandsarbeit erheblich besser geworden. Trotz der Verminderung der allgemeinen Zahl der Verbandsmitglieder von 181 327 auf 175 022 stieg die Zahl der aktiven Funktionäre von 21 251 auf 22 150 Kollegen. (Hoffentlich ist der Satz andersherum nicht richtiger. Red.)

Die Arbeitslosigkeit ist für die Verbandsmitglieder ein wunder Punkt. Der Verband hat 26 376 arbeitslose Verbandsmitglieder. (Das sind über 15 Prozent, im DVB. betrug der Satz im Januar d. J. 7 Prozent. Red.) Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist darin zu suchen, daß viele Arbeitslose aus den Dörfern zur Stadt kommen. 52 Prozent der Arbeitslosen sind Landarbeiter, hauptsächlich Bauern.

Der Verband war in den Fragen der Tarif- und Normierungsarbeit äußerst rege tätig. Die Arbeit von 90 Prozent aller Verbandsmitglieder wird durch Kol-

lektivverträge geregelt. Der durchschnittliche Lohn stieg um etwa 11 bis 12 Prozent. Schlechter steht es mit der Regulierung des Arbeitstages, da einige Gruppen von Arbeitern länger wie acht Stunden täglich beschäftigt sind.

An den Produktionsberatungen nehmen nur etwa 8 bis 18 Prozent der Verbandsmitglieder teil. In einzelnen Betrieben sind die Produktionsberatungen überhaupt nicht tätig.

Auf dem Gebiete der Kultur- und Bildungsarbeit kann der Verband erhebliche Erfolge aufweisen. 46 Klubs und 700 Rote Winkel nahmen insgesamt 783 000 Besucher seit dem letzten Verbandstag auf. Diese Organisationen spielten bei der Förderung der kulturellen Entwicklung der Verbandsmitglieder eine große Rolle. Unbefriedigend muß die Tätigkeit des Verbandes zur Liquidierung des Analphabetismus genannt werden. Von 2988 Analphabeten lernten nur 580 Personen lesen und schreiben. Desgleichen muß der Kampf gegen den Alkoholgenuß, das Rowdiewesen usw. verstärkt werden.

In den Resolutionen stellt der Verbandstag fest, daß die Organisation sich gefestigt hat, die Aktivität gewachsen ist, der Kontakt mit den Massen der Arbeiter enger wurde, und daß die politische Erziehung im Klassengeist erfolgreich war, daß die Arbeitsdisziplin verbessert werden muß und der Kampf für die internationale Einheit fortzuführen ist.

Die lustigen Fuhrleute von Erding.

So nennt sich ein Verein der Ritter vom Hasermotor in dieser kleinen oberbayerischen Stadt. Sie hätten aber, nach ihren Arbeitsverhältnissen bemessen, durchaus keine Veranlassung recht lustig zu sein, denn in Erding sind geradezu noch vorstufstufliche Zustände vorhanden, unter denen die Fuhrleute arbeiten müssen. Löhne von 8 bis 12 Mark pro Woche mit Kost und Logis, werden in diesem Kaiserjahren Eldorado heute noch bezahlt. Wie in der jetzigen Zeit ein Mensch mit 8 bis 12 Mark Barlohn sich Kleidung, Wäsche, Stiefel und die sonstigen notwendigen Bedarfsartikel kaufen und als Mensch leben soll, ist ein Rätsel. Dabei ist die Kost nicht immer so, daß sie aussehend genannt werden kann und die Wohnungen sind vielfach „hochherrschafflich“ zu nennen. Für diesen geringen Lohn und die zum Teil ungenügende Kost und Wohnung werden aber die lustigen Fuhrleute durch eine um so längere Arbeitszeit entschädigt. Unter 12 Stunden täglich wird selbst jetzt im Winter kaum ein Fuhrmann arbeiten. Im Sommer dauert dafür die Arbeitszeit noch etwas länger und 14 bis 18 Stunden pro Tag sind keine Seltenheit. Jedenfalls besteht, weil die Unternehmer um die Gesundheit ihrer Fuhrleute so sehr besorgt sind und die Leute, je länger die Arbeitszeit dauert, desto länger den Genuß der frischen Luft haben.

Da schreiben sich dieser Tage hunderte Menschen die Finger wund; Regierungsveterinäre und andere berufene und unbefundene, halten Schöne, vom sozialen Mitgefühl triefende Reden, wie man Unfälle verhindern kann und soll. Keiner behördlichen Institution fällt es aber auch nur im Traume ein, in einem dieser kleinen Orte die Betriebe einmal darauf zu kontrollieren, ob den Bestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes Rechnung getragen wird. Wenn man wirklich Unfälle verhindern will, so nicht durch schöne Vorträge und „Aumo“-Reden, sondern dadurch, daß solchen profitumtätigen Unternehmern beibrachtet wird, daß sie die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten haben. Hier wäre einmal der Fehel einzusehen, wenn man Unfälle verhindern will, denn gerade das Transport- und Verkehrsgewerbe hat nach der Unfallstatistik so ziemlich die höchsten Unfallziffern aufzuweisen. Solch überarbeitete und durch überlange Arbeitszeit übermüdete Leute sind eben bei dem heutigen starken Autoverkehr nicht nur eine Gefahr für sich selbst, sondern für alle am Verkehr beteiligten Menschen. Es scheint aber zu der vom Ministerpräsidenten Dr. Held so heftig verteidigten Selbständigkeit der königlich bayerischen Republik zu gehören, daß man auch in bezug auf den Arbeiterfuß unabhängig vom Reich selbständig sein, das heißt gegen solche Zustände nichts unternehmen will.

Auch für die Fuhrleute, Kraftfahrer und Transportarbeiter in Erding gibt es nur einen Weg, um sich bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse zu schaffen; das ist, durch seinen Zusammenschluß in ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Verkehrsband, der bisher schon in den meisten Städten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt hat.

Ein schöner Anfang mit der Organisation ist in Erding gemacht, und der größte Teil der Kollegen hat sich der Organisation angeschlossen. Die Kollegen werden es gewiß nicht zu bereuen haben, denn neben den Unterstützungseinrichtungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Todesfall, sowie durch Gewährung von freiem Rechtschutz in allen beruflichen Differenzen und Unfällen usw. hat sich die Organisation als vornehmstes Ziel die Schaffung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesetzt. Den noch absetzenden Berufscollegen rufen wir deshalb zu: Macht auf und schließt euch ebenfalls der Organisation an, dann wird es auch in nicht allzuferner Zeit in Erding gelingen, vernünftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Dann erst habt ihr das Recht, das zu sein, was heute in eurem Vereinsnamen steht, „die lustigen Fuhrleute von Erding“.

Der erste Tätigkeitsbericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Im Reichsarbeitsblatt vom 25. Februar 1929 veröffentlicht die Reichsanstalt ihren ersten Rechenschaftsbericht für die Zeit Oktober 1927 bis Dezember 1928, der nach dem kurzen Vorwort des Präsidenten Dr. Srup, „an einigen Stellen zugleich ein Programm für die künftige Arbeit aufstellt“.

Die Reichsanstalt trat in einer nicht ungünstigen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage ins Leben. Ende November 1928 umfaßte die Arbeitslosenversicherung 17 087 877 Personen, 2 370 173 waren von der Beitragspflicht befreit. Hauptunterstützungsempfänger waren in der Arbeitslosenunterstützung im Oktober 1927 rund 330 000 vorhanden. Die abnehmende Wirtschaftsjunktur, die Nationalisierungsmassnahmen, die sich aus dem Bevölkerungswachstum (der für 1928 auf 432 000 geschätzt wird) ergebende Erhöhung der Zahl der Erwerbssuchenden und die Witterung brachten aber bald überaus starke Schwankungen in der Zahl der Arbeitslosen mit sich. Hauptunterstützungsempfänger waren in der Arbeitslosenunterstützung und Armenunterstützung vorhanden: 1928 im Januar 1 547 944, im Juli 646 998 (tiefster Stand) und im Dezember 1 829 716. Dazu kamen nicht unterstützungsberechtigte Arbeitssuchende: Januar 464 268, Juli 507 637, Dezember 715 667. Die Auswertungen der Nationalisierung wurden durch folgendes Beispiel beleuchtet: Der Fördergang im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau betrug im Kalenderjahre 1928 rund 3% gegenüber 1927. Die Beschäftigungsminderung machte im gleichen Zeitraum ungefähr das Dreifache aus.

Am schlimmsten haben unter der Arbeitslosigkeit diejenigen Berufsgruppen zu leiden, bei denen die vorgenannten Depressionsfaktoren zusammen wirken.

Das Schwergewicht ihrer Tätigkeit legte die Reichsanstalt auf den Ausbau der Arbeitsvermittlung, die Förderung der öffentlichen Arbeitsnachweise. Im Jahre 1918 entfielen von den Vermittlungen auf die öffentlichen Arbeitsnachweise 1 642 581 gleich 53% und auf die nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise 1 457 851 gleich 47% der Arbeitsvermittlungen. 1928: öffentliche Nachweise 6 206 279 gleich 89,4%, nichtgewerbsmäßige Nachweise 738 566 gleich 10,6% der Vermittlungen.

Die Zahl der nichtgewerbsmäßigen Nachweise betrug am 15. Dezember 1928 1078. Gewerbsmäßige Stellenvermittler waren im 3. Quartal 1928 1676 vorhanden, von denen jedoch 190 ihren Betrieb ruhen lassen. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung ist am stärksten in den Gruppen: Landwirtschaft, Hauswirtschaft, Gast- und Schankwirtschaft und künstlerische Berufe. Es ist vorzuziehen, die Vermittlungstätigkeit durch Ausbau der Organisation des Vermittlungswesens, Schulung des Vermittlungspersonals, weitgehende sachliche Gliederung der Ämter und durch Werbetätigkeit noch stärker zu fördern. Die Arbeitsvermittlung Erwerbsbeschränkter und die Arbeitsfürsorge wurde gemeinsam mit den Stellen der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege ausgebaut.

Besondere Beachtung wird der Beschäftigung ausländischer Arbeitsträger geschenkt. Im Jahre 1914 wurden im jetzigen Reichsgebiet 376 000 ausländische Landarbeiter beschäftigt. Für 1929 sind 100 000 zugelassen, die, wenn es notwendig ist, um 10 000 (Notreserve) vermehrt werden können. Ausländische Arbeitsträger dürfen erst nach dem 15. April beschäftigt werden. — Selbst wenn man zugeben will, daß die Schwierigkeiten der Beschaffung der freien landwirtschaftlichen Arbeitsstellen mit eingearbeiteten, kundigen, einheimischen Arbeitern groß sind, muß man sich doch fragen, ob es angesichts unserer hohen Arbeitslosenverhältnisse nicht richtiger wäre, erst den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten, ehe man auf den ausländischen Arbeitsmarkt zurückgreift. Es entspricht der Auffassung der Deutschen Nationalen Volkspartei, daß ihre Reichstagsfraktion Anfang März d. J. den Antrag gestellt hat, die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter vor dem 15. April zu erlauben und die Notreserve sofort freizugeben.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Berufsberatung gewidmet. Durch Aus- und Fortbildung der Berufsberater, Heranziehung neben- und ehrenamtlicher Kräfte, Beschaffung berufsunabhängiger Materials für die Hand des Berufsberaters und für Aufklärungs- und Schulungsarbeiten mit wirtschaftlichen Vereinigungen, Schulen und Fürsorgebehörden wurde die Berufsberatung ausgebaut.

Durch die Veranschlagung der Arbeitslosenversicherung wurden im Jahre 1928 202 300 Arbeitslose auf je vier Monate beschäftigt. Hinzu kommen die starke Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues, wofür in der Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 30. September 1928 16,94 Millionen RM. verausgabt wurden.

Am Laufe des Jahres wurde der organisatorische technische Auf- und Ausbau der Reichsanstalt ungefähr vollendet. 19 Landarbeitsämter und 361 Arbeitsämter mit den vorgeschriebenen Organen wurden errichtet.

Die Einnahmen betragen im Jahre 1928 in Millionen RM. 861,80, davon wurden an Beiträgen aufgebracht 828,74. Sie betragen im Monatsdurchschnitt 4,30 RM. pro Versicherten. Die gesamten Ausgaben betragen 941,40 Millionen RM., so daß ein Zufluß von 89,59 Millionen Reichsmark notwendig wurde.

Aus unserem Berufe

Automobilführer und Flieger.

Polizeibeamte gegen Streiferechenschaft.

Im Geraer Stadtrat gab es vor kurzem recht heftige Auseinandersetzungen anläßlich der Aussperrung der Textilarbeiter. Der reaktionäre Oberbürgermeister Arnold hat jedenfalls die Polizei aufgeboten, um den bedrängten Textilarbeitern Hilfe zu leisten. Den Polizeibeamten ist diese Hilfeleistung unabweisbar, wie aus nachstehender Eingabe des Verbandes thüringischer Polizeibeamten, Ortsgruppe Gera, an den Stadtrat Gera, hervorgeht.

Eingabe des Verbandes der Thüringer Polizeibeamten, Ortsgruppe Gera.

„Unterzeichnete Organisation bittet den Stadtrat zu Gera um Aufhebung der Begleitfahrten des Transportautomobiles der Firma Halpert & Co., weil sie in diesen eine ungesetzmäßige Handlung erblickt, die nicht im Einklang mit dem Dienst des Polizeibeamten steht.“

Der Lieferwagen, der augenblicklich zum Personentransport benutzt wird, ist für denselben nicht zugelassen. Das Gesetz sowie der Kommentar des Thüringer Rechtslehrers an der höheren Polizeischule in Jena, Herr Amer, sagt: Die Benutzung von Lastfahrzeugen zur Personbeförderung ist nur vorübergehend und nur für Gesellschaftsfahrten gestattet.

Da es sich bei den Fahrten der Firma Halpert & Co. um regelmässige Transporte und auch nicht um Gesellschaftsfahrten handelt, bitten wir, gegen die Firma mit Anzeige einzuschreiten und andererseits die Polizeibeamten von den ungesetzmäßigen Handlungen zu befreien.“

Die nachfolgende Aussprache wird jedenfalls dem Herrn Oberbürgermeister Arnold noch recht lange Zeit in den Ohren klingen. Sie war alles andere, nur nicht angenehm für den Herrn Oberbürgermeister, der sich in ein eifriges Schweigen hüllte. Die Eingabe wurde durch Abstimmung gegen die Stimmen der Bürgerlichen an den Ausschuss überwiesen. Offenlich macht dieser dem Spat, daß Polizeibeamte zugunsten der Unternehmer in Wirtschaftskämpfe eingreifen, ein Ende.

Das Verhalten der Geraer Polizeibeamten verdient Anerkennung und sollte überall dort, wo man von Unternehmerrseite ähnliches wie in Gera ver sucht, Nachahmung finden.

Auch unseren Kollegen sollte das Verhalten der Beamten zu denken geben. Die Beförderung von Streifbrechern kommt dem Streifbruch selbst verzweifelt nahe. Außerdem macht sich der Kraftfahrer, der einen zum Personentransport nicht zugelassenen Wagen zur Beförderung von Personen benutzt, genau so strafbar wie der Fahrer des Wagens.

Handelsarbeiter.

Ausdehnung des Karstadt-Konzerns. Ueber die bis in die Abendstunden dauernde A.-M.-Sitzung wird von der Verwaltung mitgeteilt: Die Aufsichtsratsitzung der Rudolf Karstadt A.-G. hat auf Antrag des Vorstandes beschloffen, einer a. G. h. folgende Vorschläge zu unterbreiten: Die Lindemann u. Co. A.-G. Berlin, die seit 1887 besteht und in Berlin und einer Reihe von Provinzialstädten Warenhäuser betreibt, geht auf dem Wege der Fusion auf die Rudolf Karstadt über. Das Aktienkapital der Rudolf Karstadt soll um nom. 10 Millionen M. erhöht werden. Von den neuen Aktien werden zirka 9,1 Millionen für den Umtausch gegen die nom. 6,80 Millionen Lindemann-Aktien benötigt. Aus der Verwaltung der Lindemann u. Co. A.-G. tritt Paul Lindemann in den Vorstand der Rudolf Karstadt ein, während der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Lindemann u. Co., Dr. Wittgenstein, sowie das Vorstandsmitglied der Lindemann u. Co., Dr. Wloschki, der Generalversammlung der Rudolf Karstadt A.-G. zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden. Die Rudolf Karstadt A.-G. erfährt durch die Uebernahme des Lindemann-Unternehmens, das sich in guter Entwicklung befindet, eine bestmögliche Erweiterung, die ihr eine noch günstigere Ausnutzung ihres Ein- und Verkaufapparates ermöglicht.

Lindemann hatte im letzten Jahr 66 Millionen M. Umsatz. Von den 14 Häusern werden diejenigen die nach dem Regionalabkommen in die Interessensphäre von Leonhard Tieß fallen, diesem Konzern weitergegeben, darunter vor allem das Haus in Frankfurt a. M. und Wiesbaden.

Um ihren Hauptpart unterzubringen, verhandelte die Karstadt A.-G. mit dem Magistrat der Stadt Berlin zwecks Ankaufs des Grundstücks Rühlstr. 34/35. Da diesem Grundstück eine Doppelschule benachbart ist, machte der Magistrat darauf aufmerksam, daß die Benutzung des Grundstücks als Garage den Unterricht der Schulen sehr stark hindern würde. Die Karstadt A.-G. hat sich infolgedessen bereit erklärt, auf dieses Grundstück zu verzichten, und der Magistrat hat ihr Grundstücke in einer Größe von 6981 Quadratmetern in der Kassenstraße Nr. 3/10 und in der Panierstraße an. Das Angebot hat zu einem Kaufabschluß geführt. Die Karstadt A.-G. zahlt für diese Grundstücke im ganzen 174 525 M. Auf dem Grundstück soll außer der Garage, die der Unterbringung des eigenen Fuhrparks der Karstadt A.-G. dienen soll, ein Wohngebäude mit 30 Wohnungen errichtet werden.

Aus dem Verkehrsleben.

Schiffverkehr. Eine vergleichsweise Zusammenstellung der Verkehrsziffern in Hamburg, Antwerpen, auf dem Rheinen Waterweg, in Rotterdam und in Bremen für die ersten zwei Monate der Jahre 1928 und 1929 zeigt folgendes Bild:

	Hamburg		Antwerpen	
	Schiffe	N.-R.-T.	Schiffe	N.-R.-T.
1929	1855	2 985 673	1639	2 961 622
1928	2469	3 376 504	1935	3 194 352
Unterschied	-614	-390 830	-202	-332 731
	Rheine Waterweg Rotterdam		Bremen	
	Schiffe	N.-R.-T.	Schiffe	N.-R.-T.
1929	2076	8 491 270	1741	2 998 215
1928	2397	8 391 532	1986	3 294 688
Unterschied	-321	-440 262	-245	-296 473
	Bremen			
	Schiffe	N.-R.-T.		
1929	833	1 401 072		
1928	799	1 497 296		
Unterschied	-34	-96 224		

Die amtlichen belgischen Angaben sind in die allgemein übliche Netto-Reg.-Tonne umgerechnet worden, um eine richtige Uebersicht zu erzielen.

Schwäbische Anekdote.

Ein junger Schwabe saß in der Eisenbahn einem Mädle gegenüber, das ihm sehr gut gefiel. Er hätte gern ein Gespräch angefangen, aber er war net so mil'm Maulwerk vornedran.

Er sagte also nichts, er lachte nur. Schließlich faßte er sich ein Herz und sprach:

„Verzeihet Se, Fräule, wenn i so frei ben, aber fahret Sie vielleicht auf mit dem Zug?“

Das Mädle, froh, daß das heraus war, sagte: „Ha jo, ond Sie au?“ —

Die zwei haben sich geheiratet und wieder Schwaben auf die Welt gesetzt.

Ha, worum denn net? — 's muß au so Leut geba!
Alfred Auerbach.

Zur Unterhaltung und Belehrung

Der Tag des Buches.

Am 22. März, dem Todestage Goethes, erlebte Deutschland einen „Tag des Buches“. Zahlreiche Faktoren materieller und kultureller Art haben das Buch mehr als seiner Rolle, Bildner des Menschen zu sein, verdrängt. Sport, Radio, Kino haben das Interesse des Menschen auf sich gelenkt und nehmen seine freie Zeit in Anspruch. Daneben kommt die Zeitung dem Lesebedürfnis der Massen durch eine immer bessere und vielseitigere Ausgestaltung ihres Textteils entgegen. Die Neigung zum Sport, zum Kino, zum Radio, zur Zeitungslektüre entspricht dem Rhythmus unserer Zeit, dem Tempo des modernen Lebens. Der Arbeiter, der acht und mehr Stunden in den modernen Arbeitsprozess eingespannt ist, nimmt nur zu gern die sich ihm bietende leichte Unterhaltungsmöglichkeit entgegen. Aber diese Trägheit des Denkens, die notwendigerweise zu einer geistigen Verflachung führt, muß überwunden werden. Gegenüber der nervenzerrüttenden Arbeit muß als wirksamere Gegenpol das Buch neben Sport, Kino und Radio wieder eine hervorragende Stellung einnehmen.

Es braucht kaum bewiesen zu werden, daß alle Faktoren, die das Buch verdrängt haben, seinen Bildungswert nicht aufzuwiegen, zu ersetzen vermögen. Das gehörte Wort, das gefundene Bild einschmeißelt gar zu schnell dem Gedächtnis, hat für den Durchschnittsmanischen oft nur Unterhaltungswert. Auch das Lesen der Zeitung darf dem modernen Menschen nicht genügen. Die Zeitung wird für den Tag geschrieben und kann bei ihrer Vielseitigkeit nicht immer in die Tiefe bringen. Allein das Buch, das zum Nachdenken, zum Verweilen zwingt, gestaltet ein tieferes Eindringen in die Werkstatt des Geistes, allein das Buch kann geistiges Gut zu nachhaltigem Erlebnis und damit zu eigenem Kulturgut machen (— vorausgesetzt, man hat vorzüglich gewählt. Red.). Es ist daher zu begreifen, daß Bestrebungen vorhanden sind, das Buch wieder zu fördern, und diese Bestrebungen mühen besonders von der Arbeiterschaft wirksam unterstützt werden.

Wenn in den Kreisen der Arbeiter das Buch noch nicht die ihm gebührende Stellung einnimmt, so ist das um so mehr zu bedauern, als die Arbeiterbewegung bestrebt ist, das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse zu brechen und wirtschaftlich und kulturell Träger der kommenden Gesellschaft zu werden. Natürlich sind die Hemmungsmomente, die den Arbeiter vom Buch trennen, in erster Linie materielle Ursprünge. Der große Arbeitslohn reicht oft knapp zur Befriedigung der notwendigen materiellen Bedürfnisse; da muß der Wunsch, ein gutes Buch als Eigentum zu besitzen, als unerfüllbar zurückgestellt werden. Das Bedürfnis, ein gutes Buch zu besitzen, wird aber auch oft durch die allgemein verbreitete Ansicht, daß das Buch zu teuer sei, im Keime erstickt. Das Schlagwort von den zu teuren Büchern beruht zum Teil auf einem Irrtum. Beidseitig die sogenannten Neuerscheinungen sind im Verhältnis zum Arbeiterlohn zu teuer. Auf viele Neuerscheinungen aber, die zum wesentlichen Teil eine Konzeption an den Geschmack des zahlungsfähigen Bürgertums sind, kann der

Arbeiter gut und gern verzichten. Die älteren Werke bedeutender Dichter sind ausnahmslos in billigen Preislagen und doch guten Ausstattungen zu erhalten. Namentlich alle Volksbuchhandlungen legen Wert darauf, billige und für Arbeiter im Preise erschwingliche Bücher zu führen. Die Neuerscheinungen, soweit sie wertvoll genug sind, auch vom Arbeiter gekauft zu werden, sowie auch die wissenschaftlichen Bücher, die größere Anforderungen an den Geldbeutel des Arbeiters stellen, werden von allen Volksbuchhandlungen gegen Teilszahlung abgegeben. Viel Anhang hat auch das von fast allen Volksbuchhandlungen im Reich eingeführte Buchartensystem gefunden, mittels dessen auf Grund von Teilszahlungen schon von 50 Pf. wöchentlich an Bücher nach Wahl und Bedarf bezogen werden können. Fast keine ist also heute die Möglichkeit geboten, sich mit der Zeit eine eigene kleine Bücherei anzuschaffen und daraus sein Bildungsbedürfnis zu befriedigen.

Was hier gesagt ist, gilt in verhöppeltem Maße für die junge Arbeiterschaft. Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß die Jungen den körperlichen Ausgleich zu ihrer schweren Arbeit in sportlicher Betätigung suchen. Aber die Ausübung des Sportes darf die notwendige geistige Erziehungsarbeit nicht beeinträchtigen. Eine harmonische Ausbildung von Körper und Geist ist das Ziel, das erstrebt werden muß.

Der „Tag des Buches“ wird alle Kulturorganisationen und die der Verbreitung des Buches dienenden Einrichtungen vereint sehen, das Buch in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses zu bringen. Zweifelloser wird dem mit der Buchproduktion beauftragten Verlag und dem vertreibenden Buchhandel manche Anregung gegeben werden, die die Mängel aufzeigen, die von dieser Seite zur Buchtüre geführt haben und unter allen Umständen beseitigt werden müssen. Der Verlag muß den Preis des Buches so gestalten, daß das Buch breitesten Kreisen des Volkes zugänglich wird. Der Buchhandel muß beweglicher werden, aus seiner „vornehmen Reserve“ heraustrreten und neue Wege suchen, das Buch an den Leser heranzutragen.

Darüber hinaus verdient das, was am „Tage des Buches“ in der Presse im Rundfunk in Vorträgen usw. über das Buch gesagt wird, gehört zu werden. Es würde schon viel gewonnen sein, wenn alle Arbeiter ihrer Volksbuchhandlung am Tage des Buches einen Besuch abstatten würden. Der Buchhandel wird natürlich gerade an diesem Tage alle Anstrengungen machen, seine Leistungsfähigkeit zu beweisen, und wird sich freuen, wenn seine Bestrebungen die gewünschte Anerkennung finden.

S. Wilhelm.

Das Interesse unserer Mitglieder konzentriert sich auf das hervorragende Buchwerk.

Die Geschichte des Deutschen Verkehrsbandes.

Für nur 6 M. oder monatlich je eine Reichsmark ist dieses für jeden vorwärtsstrebenden Bundeskollegen unentbehrliche, inhaltlich und in seiner Ausstattung auf stolzer Höhe stehende Buch durch die Ortsverwaltung zu beziehen. Jeder bestellt sofort!

Keine Verkümmelten, keine Halbtoten mehr,

die dem Lager das sonst typische Gepräge gaben. „Alle Mann antreten!“ Zu unserem Erlaunen waren sämtliche Unteroffiziere in neuester Garnitur angetreten. „Hja, Londrez kommt“, räumte es von Mund zu Mund. Sergeantmajor Battu räusperte sich einige Male und fragte dann kurz, ob wir etwas zu reklamieren hätten. Lautlose Stille. Den würden wir ganz gewiß nicht davon in Kenntnis setzen, was wir für Beschwerden auf dem Herzen hätten. Und dann geschah das Unglaubliche, etwas, was mir und meinen Kameraden in all den Jahren unserer Zwangsarbeit nicht wieder vorgekommen ist. Dieser Schurke der Menschenleben zu Hunderten auf dem Gewissen hatte, dem es satanische Freude bereitet hatte, seine Leute zu quälen, der sich wie ein Gott fühlte und verzehren ließ, dieser Lump wurde zum Bittsteller.

Eine explodierende Bombe hätte in diesem Augenblick nicht mehr Effekt haben können,

wie diese unerwartete Rede, in deren Verlauf er uns seine Untergebenen, hat, nicht zu reklamieren. Er wäre Familienvater. Welch ein Lohn auf seine frühere Handlungsweise. Als wenn nicht auch wir das Glied einer Familie wären! Als wenn nicht auch wir eine Mutter gehabt hätten, die uns unter Schmerzen geboren! Am Schluß seiner Rede, in welcher er uns den Himmel auf Erden versprach, wenn wir von einmaligen Reklamationen Abstand nehmen sollten, konnte er jedoch sich nicht verkneifen, noch mal seinen wahren Charakter zu zeigen, indem er die Drohung aussprach, daß, wenn doch so ein Schwein von Regiment dem Londrez etwas vorliege, dieser in drei Tagen auf den Friedhof kommen werde. „Wegtreten!“ In langem Tempo ging es der Arbeitsstelle zu. Ziel gearbeitet wurde nicht mehr. Jeder war neugierig, wie Albert Londrez sich unternehmen würde. Die Sergeanten, die sonst wußt zur Arbeit antrieben, dachten über ihre Sünden nach. Gegen zehn Uhr erklärte plötzlich in der ferneren Autoshupen. Weit draußen auf der Landstraße saßen wir das wohlbekannte Auto des Kapitäns Etienne sowie ein zweites in schnellem Tempo herankommen. Die instruierten Köhnen, Senegalneger, welche dreihundert Meter von der Arbeitsstelle entfernt aufgestellt waren, schrien wie bestessen; Aux Armes — Aux

Armes. Die Waage stürzte zu den Gewehren. Kapitän Etienne schritt unsere Front ab.

Man kann von diesem Kapitän nur Gutes erzählen.

Wir alle verdanktem diesem Mann unser Leben. Bekannt als Reformator der algerianischen Gefängnisse war er nach Marokko gekommen, als unser Lager buchstäblich im Aussterben begriffen war. Von dreihundert Mann hatte der Baron d'Azemar 170 Leute auf den Friedhof gebracht und den Rest vollständig hospitalisiert in der Zentrale liegen. Doch dieses hätte ihm letzten Endes noch nicht das Genick gebrochen. Aber mit einer Unterziffer von einer Million Frank ist man selbst in Marokko unmöglich. So verschwand er eines Tages sang- und klanglos. Ihm folgte der Kapitän Etienne. „Schau mir in die Augen“, war seine sich stetig wiederholende Aufforderung. „Ein Mensch muß frei leben können“, war seine ständige Redensart. „Sämtliche Unteroffiziere wegretten.“ Die Geführten waren gottlos. Die Vorgesetzten, die gebacht hatten, wie üblich durch ihre Anwesenheit jede Beschwerde unmöglich zu machen, zogen lange Gesichter. Mit kurzen Worten teilte uns der Kapitän mit, daß auf Grund verfishedener Reklamationen über die Zustände in den Deportationslagern Afrika Herr Albert Londrez vom Kriegsministerium beauftragt ist, jeden einzelnen Gefangenen persönlich zu vernehmen. Er machte uns darauf aufmerksam, daß uns nichts geschähe, was wir auch vorbringen möchten. Er glaube nicht sehr zu gehen, daß den alten Legionären sein Name in dieser Hinsicht zur Genüge bekannt sei. Daraufhin den schwarzen Sergeanten Wachinstruktionen erteilend, wendete er uns den Rücken, lud sämtliche Unteroffiziere in sein Auto und fuhr mit ihnen zum Camp zurück.

Zum ersten mal seit vier Jahren waren wir uns selbst überlassen.

Ein Aufatmen ging durch unsere Reihen. Londrez hielt eine kleine Ansprache über den tieferen Zweck seiner Reise und fragte dann, wer etwas zu reklamieren habe. Jetzt war der gegebene Moment, seine toten Kameraden zu rächen. Da Londrez schon auf der Zentrale gewesen war, war er über den Baron d'Azemar auf das gründlichste informiert. Alle Erinnerungen lebten vor unseren Augen auf. Jeder hatte etwas zu erzählen. 1921. Camp Tifra, unter der Herrschaft des Adjutanten Sabiani; Todescamp Sidi-Moussa unter Sergeant Panard wurde lebendig; Camp El-Miri, wo sich drei Deutsche und vier Araber vergifteten; El-Bordj, wo, um nicht ganz zu trepiieren, 23 Insassen an einem Tage ihre Gliedmaßen verstimmelten.

Sergeant Verbertor-Celli, der mit vorgehaltenem Revolver einen Legionär gezwungen hatte, seine Notdurft in die brechenden Augen eines Deportierten zu verrichten.

Leutnant Canari, der seine Leute, wenn sie Läuse hatten, mit tosendem Wasser überschüttete. Und alle die anderen Unholde, die nichts weiter gekannt hatten als restlose Befriedigung ihrer satanischen Triebe an wehrlosen Gefangenen. Der Tag ging zu Ende. Londrez schrieb und schrieb. Gegen sieben Uhr erschien unser Kapitän, worauf wir ins Camp einrückten. Donnerwetter, hatte der Alte hier aufgeräumt. Unter Sergeantmajor lief umher wie ein betrübter Löhrgerber, dem die Felle weggeschwommen sind. Am nächsten Tage erfolgte die Fortsetzung des Verhörs. Große Ueberrahlung am Nachmittag. Sämtliche von Battu sorgsam entfernten Krüppel waren auf Anordnung des Journalisten aus dem Krankenhaus erschienen. Sie konnten die verbliebenen Graulanten mit ihren verstimmelten Gliedmaßen beweisen. Hier eine verblühte Hand. Dort ein Armstumpf, an welchem vor nicht langer Zeit eine Hand geblieben hatte. Hier ein Halbidiot, dort eine Hand, an der vier Finger fehlten. Warum? Selbst abgehakt, um das Kriegsgericht zu passieren, um einige Monate Ruhe zu haben. Wahrscheinlich trauensch, wenn man bedenkt, daß so etwas geschähen konnte im zwanzigsten Jahrhundert und zugebekit wurde von einer Justiz, die ebenso entortet war, wie sie den Anspruch erhob, zivilisiert zu sein. Die nächsten Tage brachten große Veränderungen. Das ganze Aufschichtspersonal wechselte. Wenige Wochen später brachten der Buchmarkt durch den Verlag Albin Michel, Paris, sowie die Petit Parisien die ersten Berichte. Das Buch taufte Albert Londrez:

Dante hat nichts gesehen.

Und was keine Kommission fertig gebracht hatte und fertig bringen wollte, das vollbrachte dieser Mann. Albert Londrez, Baron d'Azemar und 30 Sergeanten kamen in Untersuchungshaft, um sich wegen ihrer Gräueltaten, verblüht an wehrlosen Gefangenen, vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Sie büßten ihre Sünden auf Trabauz forcés. Die Bistra, das Deportationschiff, das jedes halbe Jahr nach Cayenne fährt, hatte die kostbarste Last ihres Lebens. Denn es brachte jetzt die die manchen Sträfling zur Verweilung getriebenen hatten, lo daß sie eine Straftat begingen, die lebenslängliche Verbannung in sich schloß. Was aus diesen ehemaligen Vorgesetzten geworden ist, weiß ich nicht. Aber beidenswerter wird ihr Tod nicht gewesen sein. Vielleicht leben sie auch noch? Die Seele des Gefangenen ist unergündbar.

H. Glente.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Lindhom, Berlin SO, Verlagsanstalt „Conter“, G. m. b. H., Berlin SO, Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 34-36.

Aus der Hölle.

Albert Londrez.

Was macht die Amnestie? Seit vier langen Jahren auf sie hoffend, hatten wir unser Vertrauen auf eine radikale Regierung gesetzt. Ein Regime, das Caillaux und Martin, den Anführer in der Revolte der Schwarzmeerflotte begnadigte, mußte auch uns die Erlösung bringen. Doch die Jahre vergingen und nichts war geschähen. Bis eines Tages ein Gerücht aufkautete, das alle verlorenen Hoffnungen zu neuem Leben erweckte.

Albert Londrez kommt nach Afrika.

Wie ein Lauffeuer ging diese Nachricht von Mund zu Mund. Albert Londrez, der Berichterstatter des Petit Parisien, Frankreichs ehrlichster Journalist! In den Zuchthäusern, in der Deportiertenzentrale, nannte man ihn den Vater der Geächteten. Sein Name war bei Gefangenen ebenso beliebt, wie bei den Offizieren verhaßt. Er war der erste, der die französischen Deportationslager in Cayenne besuchte, der Neu-Kaledonien bereiste. Seine Eindrücke, literarisch niedergelegt, riefen einen Entrüstungssturm in der ganzen zivilisierten Welt hervor. Und dieser Mann hatte vom Kriegsministerium die Erlaubnis, uns in der Zentrale Dar-bel-Hamiti sowie in den einzelnen Detachements aufsuchen zu dürfen, erhalten; erhalten unter dem Druck der öffentlichen Meinung! Er hatte die Erlaubnis, jeden Gefangenen persönlich, ohne Weisheit der Offiziere oder sonstiger Vorgesetzter, vernehmen zu dürfen!

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Daß etwas Wahres an seinem Kommen war, merkten wir bald an dem untrüglichen Zeichen einer nahenden Revolution. Das Essen wurde merklich besser. Arrest gab es fast keinen. Unsere zerlumpte Kleidung wurde gegen neue Sachen eingetauscht. Kurz, wir und unsere Behältnisse wurden in einen wieder menschenwürdigen Zustand versetzt. Während auf der Zentrale der Adjutant Marchand bemüht war, den etwa reklamierenden Leuten Angst vor den Folgen einzujagen, hatte Sergeantmajor Battu andere Methoden. Er war nämlich seit einiger Zeit ängstlich um die Gesundheit seiner Geföglinge besorgt. Alle diejenigen, die wohl sicher reklamieren würden, schaffte er ins Krankenhaus, lo daß man bei uns plötzlich nur noch „gesunde“ Leute sah.